

## KOMMENTAR

## Die Katze aus dem Sack

Jetzt ist die Katze also aus dem Sack gelassen worden: Die Bundesregierung beschloß zwei Rechtsverordnungen für Mieterhöhungen in den neuen Bundesländern. Pläne und Projekte, in welcher Höhe die Mieten im Osten steigen, waren in den letzten Monaten ausreichend publiziert worden. Der Plan, der vor den jetzigen Kabinettsbeschlüssen öffentlich wurde, erlaubte z. B. eine Steigerung der Mieten auf 8,50 DM/qm bis Ende 1991. Die wachsenden Mieterproteste waren ohne Zweifel ein Grund, diese Koalitionspläne abzuschwächen und von einigen Ideen vorläufig Abstand zu nehmen.

Aber noch sind wichtige Probleme nicht vom Tisch. Stimmt der Bundesrat den vorliegenden Rechtsverordnungen zu, dann bedeutet das für die Mieter in den neuen Bundesländern: Ab 1. August wird sich die Grundmiete um 1 DM je qm Wohnfläche monatlich erhöhen. Zum gleichen Zeitpunkt wird es möglich, die Betriebskosten einschließlich der Heiz- und Warmwasserkosten auf die Miete „umzulegen“. Sind dabei die Heiz- und Warmwasserkosten auch auf 2 DM/qm Wohnfläche beschränkt, so ist eine derartige Begrenzung der anderen Betriebskosten wie Energie, Müllabfuhr, Schornsteinfeger, Hausreinigung usw. nicht vorgesehen. Die Bundesregierung geht hierbei offenbar von 1 DM/qm aus. Dies ist zumindest für Berlin zu niedrig angesetzt. Doch obwohl mit Kostensteigerungen in nächster Zeit zu rechnen ist, unterliegen die Betriebskosten entsprechend der vorliegenden Rechtsverordnung keiner Begrenzung.

Überhaupt wird die Frage nach den Obergrenzen gänzlich außer acht gelassen. So können seit dem 3. 10. 1990 die Modernisierungskosten mit 11 % jährlich auf die Mieten umgelegt werden. Wurden z. B. 50 000 DM für den längst fälligen Einbau sanitärer Anlagen ausgegeben, so hat der Mieter anschließend 5500 DM im Jahr bzw. 458 DM mehr Miete im Monat zu zahlen. Für einen Rentner, einen Arbeitslosen oder andere Einkommensschwache eine Miethöhe, die weit über der Grenze des Tragbaren liegt. Und Luxusmodernisierungen erst, die schon in einigen Fällen angekündigt wurden, bringen Miethöhen mit sich, die jeden Normalverdiener aus seiner Wohnung verdrängen.

Hier hilft auch das ach so gepriesene Wohngeld nicht mehr. So wird es über eine festgelegte Höchstgrenze hinaus nicht mehr gezahlt. Bei 7,50 DM/qm endet die Miete, für die Wohngeld überhaupt beantragt werden kann. Für viele,

die den Bittgang zu den schwerfällig arbeitenden Wohngeldämtern antreten müssen, wird auch nach deren positivem Bescheid die Miete unbezahlbar bleiben. Und sollte der Plan, die für die alten BRD-Länder unzulässige Instandsetzungsumlage zu erheben, nicht endgültig fallengelassen werden, so werden unzählige Haushalte zu Bittstellern für öffentliche Gelder deklassiert, die besser direkt in die Wohnungswirtschaft fließen.

Die Katze im Sack hat also einen langen Schwanz, der für die Mieter in den Ostländern zum Strick werden kann. Durch energischen Protest muß verhindert werden, daß der Bundesrat den vorliegenden Rechtsverordnungen zustimmt. Das letzte Wort darüber darf noch nicht gesprochen sein.

Regine Grabowski

Die Autorin ist Mitglied des Vorstandes des Berliner Mietervereins.

## LESERBRIEFE

## Trotz allem ist der Neonazi ein Mensch

Der Artikel „Neonazis in Dresden (die andere 8/91)“ enthält Tatsachen, Fakten, die erschrecken: Da leben massenhaft und sich ständig vermehrende Neonazis unter uns, und im Ernstfall werden wir ihnen wehr- und argumentlos ausgesetzt sein. Ihrer Gewalt, ihrer Macht, ihrer Stärke. Die Beklemmung gipfelt in der Frage: Was tun?

Das dachte sich sicher auch der Autor, Herr Ost. Und ich stürzte mich, nach Auflösung suchend, auf seinen gleichnamigen letzten Absatz. Doch nach dieser Lektüre war ich schlagartig geheilt von einlullender Angstduselei: Da ist die Rede von der „Aufnahme eines Verbotes faschistischer Betätigung in das Grundgesetz“. Auch werden „Polizei und Justiz gefordert, die Verbreitung und Verwendung faschistischer Symbole und Schriften, Volksverhetzung und Aufrufe zu Rassismus und Gewalt zu unterbinden. Wenn sich Faschisten organisieren, muß der Staat reagieren...“.

Was ich meine: Trotz allem, was ihn ausmacht, trotz allem, was er tut, trotz allem, was er denkt, der Neonazi, trotz allem ist er in erster Linie ein Mensch und als solcher das Resultat einer Gesellschaft, die ihn nun loshaben will.

Ich unterstütze den Neonazismus als Ideologie in keiner Weise, doch wende ich mich gegen jede Art von Schwarz-Weiß-Malerei und Intoleranz. Die Zukunft kann nicht eine Politik oder ein Zusammenleben der Ausgrenzungen sein! Mit Verboten wurde noch nie ein Mensch gebessert oder seine Gedanken ausgerottet. Das „Behandlungs-Konzept“ von Gottfried Ost halte ich für gefährlich. Außerdem scheint es auf der Stufe der eigenen Angst und Gelähmtheit, gemischt mit Ratlosigkeit stehen geblieben zu sein.

Es kann nicht sein, von Demokratie zu sprechen und im gleichen Atemzug das Verbot faschistischer Betätigung zu fordern. In einer funktionierenden Demokratie hat jede Meinung die Berechtigung, gehört zu werden. Übrigens könnte sich ein Verbot „extremistischer Tätigkeit“ im Grundgesetz auch leicht durch Geheimdienste, Gerichte und andere Institutionen gegen alle übrigen Andersdenkenden überall im „links/rechts-Spektrum“ auslegen lassen. Die Geschichte beweist das.

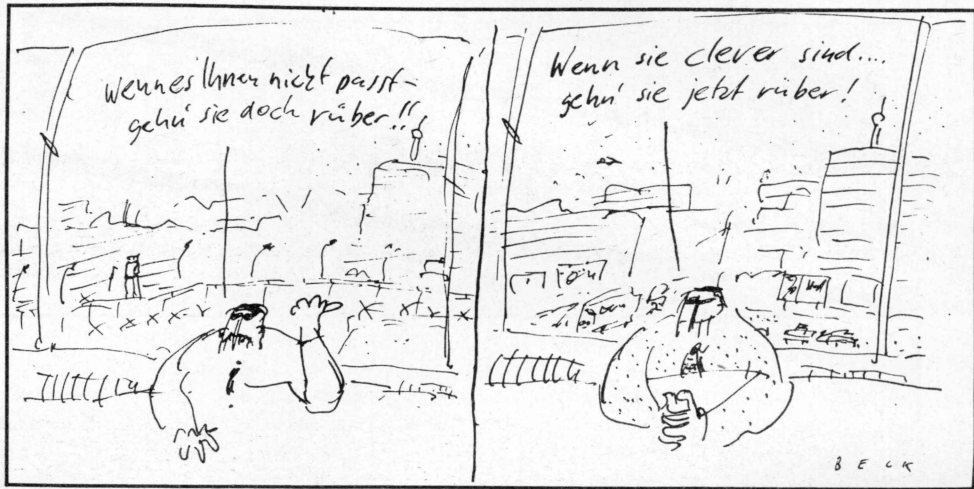
Nur geschürte Angst (oder selbst nicht bewältigte) könnte solche Maßnahmen rechtfertigen. Ich habe volles Verständnis für Ängste, Sorgen und

auch für Aggressionen von Menschen, die durch Gewalt von Neonazis direkt betroffen wurden und sind. Unbeteiligte werden beleidigt und bedrängt, es werden Menschen verletzt... Die gesetzliche Verurteilung der begangenen, andere Menschen bedrohenden Verbrechen (Vandalismus, Körperverletzung, Brandstiftung, Raub) muß sein, darf aber nicht die einzige Art der Problemlösung bleiben.

Gottfried Ost bietet das System einer „Rehabilitierung“ an (soziale, kulturelle, psychologische Betreuung, Schaffung von betreuten Freiräumen usw.), und doch ist es nur ein „Beaufichtigungsinstrument“. Derartige halte ich für eine symptomatische Behandlung, also für zu oberflächlich. Sie ist vergleichbar mit der „Hammer-Meißel-Methode“, bei der man möglicherweise einen Menschen äußerlich zurechtstutzt, aber nie zum Kern kommt.

Ich muß nach den Ursachen fragen. Und dabei sehe ich gesellschaftliche und familiäre in Abhängigkeit stehende Ursachen in gleichem Maße. Bei der Bearbeitung eines solchen Themas würde ich also mehr Zeit und größeren Raum der Ursachen-, nicht der Faktenforschung einräumen, um eine Offenheit in der Bevölkerung, nicht eine Angst diesem Problem gegenüber zu fördern. Wenn ich die Frage nach den Ursachen stelle, so habe ich die Antworten eines betroffenen Menschen mit viel, viel (oft jahre- oder jahrzehntelanger) Geduld abzuwarten, nicht vorzufertigen, nicht zu liefern, nicht zu kommentieren: So können diese Fragen keine Hilfe sein. Ich muß diesen Menschen eine wirkliche Chance geben, sich zu artikulieren, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten, die tiefen auslösenden Leiden an die Oberfläche zu befördern. Erst dann gibt es auch eine wirkliche Chance der Hilfe.

Ich möchte Mut machen zu diesem Wagnis, dessen heilender Sinn von Vorteil nicht nur für ein Individuum (sei es neonazistisch, kommunistisch, fußballfanatisch oder sonstwie) wäre, sondern für eine Gemeinschaft von Individuen. Das mag alles wie „Blümchen-Denken“ klingen, doch: Nach wie vor ist es die Aufgabe (für



Jahre oder Jahrzehnte) von uns allen, eine neue Art des Zusammenlebens zu finden, wollen wir dem Ende der Menschheit durch Selbstzerstörung entgehen.

Birgit Schurig, Weimar

## Edelpalmen gibt's genug

Die Mitstreiter des NEUEN FORUM Eisenhüttenstadt bleiben in Bewegung. Die Zwangseinpassung in parteiähnliche Strukturen findet ohne uns, besser noch, sie findet generell nicht statt. Den bestehenden Parteiensalat soll garnieren, wer will, wir nicht. Mitgliederschwund in den Bürgerbewegungen ist kein Grund, sich in ein Angstbündnis zu flüchten, denn die Ursachen für den Rückgang von festen Mitgliedern sind viel zu differenziert zu betrachten und oftmals einfach nur menschlich verständlich: Wer keine Arbeit mehr hat, der hat zuallererst nur eigene Sorgen. Wer einen neuen Arbeitsplatz hat oder sich in der Umschulung befindet, der verwendet seine Kraft und Zeit zuallererst darauf.

Zu beliebigen Wahlen kann man beliebige Bündnisse eingehen, SPD und Grüne halten sich ja „programmatisch“ offen für unsereins. Die parlamentarische Schiene darf aber nicht zu unserer Hauptstrecke werden. Das ist sie örtlich leider geworden, bedingt durch das Wahlen-Jahr. Es ist also höchste Eisenbahn für eine Rückbesinnung und eine Neuorientierung – z. B. Netzwerk, z. B. Zweitauftrag NEUES FORUM – innerhalb der Bürgerbewegung. Übrigens: Die höchsten Parlamente für Bürgerbewegte sind die Gemeindevertretungen

gen und Stadtverordnetenversammlungen, der Bundestag kann, muß aber überhaupt nicht sein. Eine umgekehrte Pyramide, wenn man will...

Parlamentarische Arbeit, egal welcher Ebene, ist stets ein Zeitklaus, verantwortungslastig und nervend. Das Hinterlandbedürfnis ist bei vielen Abgeordneten, Dezernenten oder Ministern ein ausgeprägtes, zumal die Mehrheiten immer die anderen sind. Sich dies einzugestehen fällt natürlich so leicht nicht. Die Suche nach Anlehnungen an Wessi-Grüne oder die nach der Festhalte Bündnis-90-Programm legen da einiges offen. Das soll nun überhaupt kein einseitiger Vorwurf sein. Unserer Meinung

nach hebt sich die ganze derzeitige Debatte von selbst auf, nämlich dann, wenn die Basisgruppen untereinander und von selbst um Zusammengehören bemüht sind und von beiden Bewegungsebenen, der parlamentarischen und der außerparlamentarischen, selbstverständlichere Zusammenarbeit als bisher eingebracht würde. Niemand sollte den jungen Baum Bürgerbewegungen an einen Pfahl festzurren, Edelpalmen gibt's genug...

Wir werden demnächst beim NEUEN FORUM Eberswalde (die andere 10/91) vorbeikommen. Auf ein Bier, lieber Udo...

Hartmut Fedler, NEUES FORUM Eisenhüttenstadt

ANZEIGE

## Y Ist wieder da.

Y ist FÜR ALLE, die den Ost - West - Frauendialog suchen, FÜR ALLE, die ihre DDR-Frauengeschichte noch nicht zu Ende geschrieben haben, FÜR ALLE, die Spaß und Lust und Frust brauchen, FÜR ALLE, die auf ihr Recht pochen, Frau zu sein. Ab April im Handel, für 5 DM. Überall, wo sich Frauen treffen, im Berliner Zeitschriftenhandel, über die Redaktion Y, Schliemannstr. 23, O-1058 Berlin

Y sucht Handverkäufer/innen, die gern auf Frauen- und andere Veranstaltungen gehen und sich nebebei was verdienen wollen. (1,50 DM pro verkauftes Heft.) Außerdem suchen wir Vertreter/innen, die sich in jeweils einem Bundesland auf die Socken machen, um „Ypsilon“ wortgewaltig an geeignete Verkaufsorte zu bringen. Auf Honorarbasis plus prozentualer Gewinnbeteiligung. (Nur für Leute mit Auto.) Bitte melden bei Helmut Herting BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH, Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin Tel.: 0272 / 448 36 87

## IMPRESSUM



Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur u. Kunst

erscheint in DIE ANDERE BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH, Schliemannstr. 23, Berlin, 1058  
Telefon: 4 48 36 87  
PSF 148, Berlin, 1058  
Bankverbindung: Berliner Stadtbank AG  
BLZ: 120 205 00  
Konto-Nr.: 4381 39 3300

DIE ANDERE erscheint wöchentlich mittwochs und kostet 1,80 DM

Herausgeber: Klaus Wolfram (v.i.S.d.P.)

Redaktion: Rainer Braun, Brigitte Dombrowski, Wolfram Kempe, Tina Krone, Thomas Rüttig, Elke Sadzinski, Torsten Schulz, Anja Tapp, Rolf Walter

Layout: Bettina Block, Heide-Rose Plake

Adresse der ANDEREN: Französische Straße 47, Berlin, 1080  
Telefon: 2 29 93 67-3 69  
Telex: 113192

Anzeigenverwaltung Ost: BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH, Susanne Ströger, Schliemannstr. 23, Berlin, 1058  
Telefon: 4 48 53 74

Anzeigenvertretung West: gecco Communication Eppendorfer Weg 58 W-2000 Hamburg 20  
Telefon: 040/4 91 0076  
FAX: 040/406980

Abo-Bezug: DIE ANDERE Leser Service PSF 103 245, W-2000 Hamburg 1

Satz, Repro, Druck: Druckhaus Friedrichshain Druckerei und Verlags-GmbH Berlin